



**Offener Brief an die Mitglieder der WASG, insbesondere die Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesvorstände zur geplanten Urabstimmung und dem Kooperationsabkommen III**

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
sehr geehrte Vorstandsmitglieder der Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene,

mit großem Interesse habe ich die Entwicklung des Parteibildungsprozesses verfolgt und versucht, in meiner Funktion als Kreisverbandsvorsitzender der WASG Bayreuth auch auf regionaler Ebene zu diesem Verständigungsprozess beizutragen. Die WASG und Linkspartei Bayreuth bzw. Oberfranken führen sehr konstruktive Gespräche, bei denen aber auch nicht selten Meinungsverschiedenheiten auftreten.

Aus aktuellem Anlass möchte ich auf die mit der geplanten Urabstimmung und dem Kooperationsabkommen III verbundenen Probleme hinweisen, die unter Umständen auf eine erfolgreiche Bildung einer gesamtdeutschen, basisdemokratischen, pluralistischen und linken Partei kontraproduktiv wirken könnten. Auch wenn meine Meinung nicht unbedingt die Haltung aller Mitglieder der WASG Bayreuth widerspiegelt, möchte ich unter Bezug auf meine Erfahrungen im äußerst produktiven Kooperationsprozess in Bayreuth die wesentlichen Kritikpunkte erläutern und die Gremien aller Ebenen bitten, darüber zu reflektieren. Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, dass ich nicht die Verhinderung einer Fusion zum Ziel habe, sondern mit meinen Anmerkungen vielmehr dazu beitragen möchte, den Prozess so produktiv wie möglich zu gestalten.

Ich beziehe mich in meinen Ausführungen auf den Antrag des Bundesvorstandes an den Länderrat der WASG vom 3./4.12.2005 mit dem Titel „Kooperationsabkommen III – Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS“ sowie die am 1. März 2006 von Thomas Händel verfasste Mitgliederinformation „Zu Geschichte und Entwicklung des Parteibildungsprozesses“.

Unser aller Ziel ist die Gründung einer gemeinsamen, pluralistischen Linkspartei, in der alle Mitglieder, seien sie nun von der Linkspartei.PDS oder der WASG, ungeachtet ihrer ideologischen Einstellung ihre politische Heimat finden können. Hierfür ist – und das ist ein allgemein geteilter Grundkonsens – eine intensive Diskussion auf allen Ebenen notwendig. Streitpunkte sind in diesem Zusammenhang insbesondere die ideologische Ausrichtung der neuen Linkspartei sowie ihre genauen Ziele in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Diese Problemfelder, auf die ich später noch einmal genauer eingehen werde, müssen in langwierigen Diskussionen von der Parteibasis selbst geklärt werden, doch dafür benötigen wir viel Zeit. Das „Wie“ der Parteibildung erscheint uns immanent wichtig. Die benötigte Zeit wird uns durch die von den Landesvorständen von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beantragte Urabstimmung genommen. Zwar stellt diese Abstimmung, wie Thomas Händel richtig konstatiert, keinen „Abschluss der Diskussion“<sup>1</sup> dar, doch durch die Festschreibung des Ziels der Parteibildung wird das Diskussionsverhalten nachhaltig verändert. Fragen wie die Integration anderer linker Parteien werden ebenso in der Urabstimmung und im Kooperationsabkommen III<sup>2</sup> vorweggenommen wie das nicht präzierte Ziel, „die Verhältnisse in der kapitalistischen Gesell-

<sup>1</sup> Händel, S. 4, Sp. 2, Abs. 1

<sup>2</sup> Kooperationsabkommen III, § 3: „Die Partei entsteht durch den Prozess des Zusammenwachsens von Linkspartei.PDS und WASG“

*schaft [...] verändern und schrittweise überwinden [zu] wollen*<sup>15</sup>. Dies beeinflusst eindeutig die Parteibildung dahingehend, dass der Diskussionsprozess über essentielle Probleme wie die ideologische und grundprogrammatische Ausrichtung einem strikten Zeitplan und dem Faktum einer Fusionierung untergeordnet wird. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Beauftragung des Bundesvorstandes, ein Programm zu erarbeiten.<sup>4</sup> Auf dem vor kurzem stattfindenden Seminar der Oberfranken-Linken zum Parteibildungsprozess wurde einstimmig die Meinung vertreten, dass das Programm unter wesentlicher Einbeziehung der Basis in Arbeitsgruppen entwickelt werden sollte. Die Urabstimmung delegiert diese Verantwortung jedoch an die Bundesvorstände ab, die unserer Meinung nach den Programmbildungsprozess konstruktiv in koordinierender und unterstützender Funktion begleiten sollten, während die Mitglieder in Arbeitsgruppen das Programm entwickeln sollten. Gemäß der momentanen Formulierung der Urabstimmungsfrage werden wieder erst dann Arbeitsgruppen eingerichtet, wenn ein Grundentwurf schon vorliegt – dieser kann aufgrund seines Prinzips „von oben nach unten“ nie so basisdemokratisch sein wie von der oberfränkischen Basis gewünscht. Ein wirklich basisdemokratischer Aufbau einer neuen Partei bedarf aufgrund der zahlreichen nötigen Diskussionen sehr viel Zeit. Thomas Händel schreibt sehr richtig, *„Eine Turbofusion ist der falsche Weg!*<sup>15</sup>, doch führt nicht eine solch verfrühte Festlegung auf gewisse Ziele in Form einer Urabstimmung unweigerlich zu ähnlichen Effekten wie eine sogenannte Turbofusion? In beiden Fällen sind die nötigen Punkte noch nicht genug diskutiert worden. Aus diesem Grund lehne ich in Übereinstimmung mit der Bayreuther, Hofer und Kulmbacher Basis der WASG die Durchführung einer Urabstimmung zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Eine noch vor dem Bundesparteitag stattfindende Urabstimmung hat die negative Konsequenz, dass auch die Bundesdelegierten Ende April an eine bestimmte Entscheidung gebunden werden. Bei Erfolg einer Urabstimmung sind sie quasi von der Basis dazu verpflichtet, auch zumindest den Eckpunkten des Kooperationsabkommens III, das nicht weniger umstritten ist als die Urabstimmung selbst, zuzustimmen. Dies steht zwar in keiner Satzung, aber nur wenige Delegierte dürften es wagen, Entscheidungen zu treffen, die dem Urabstimmungsergebnis widersprechend erscheinen könnten. Somit besteht die Gefahr, dass auch Punkte gebilligt werden, die von Teilen oder der Mehrheit der Basis eigentlich abgelehnt werden, zumal eine Diskussion hierüber ja nicht stattfindet und Änderungsanträge vor der Urabstimmung nicht eingebracht werden können.

Besonders problematisch wird das Kooperationsabkommen dann, wenn es um grundlegende Fragen der neuen Partei geht, wie z. B. ihrer Arbeitsgrundlage oder ihrer Ideologie. Hierzu macht das Kooperationsabkommen III widersprüchliche Angaben: während § 2 des Abkommens *„eine emanzipatorische, demokratische und soziale, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft der Gesellschaft“* als Schwerpunkt der neuen Partei definiert, spricht § 3 von der schrittweisen Überwindung des Kapitalismus. § 4 fragt dann sogar nach unserer Beziehung zum Demokratischen Sozialismus<sup>6</sup>, schließt ihn als ideologische Grundlage also nicht aus, sondern thematisiert ihn noch. Das Problem des Sozialismus kann ich in diesem Zusammenhang nur sehr kurz erläutern. Während einige – vor allem Anhänger der Linkspartei.PDS – den Begriff „Sozialismus“ als Kampfbegriff für eine gerechtere Gesellschaft sehen und ihn keinesfalls ablegen wollen, weil er ihre Identität reflektiere, haben andere große Probleme mit der Begrifflichkeit. Zum einen gibt es die Forderung, einen neuen Terminus zu schaffen, weil der Begriff des „Sozialismus“ in den Köpfen der meisten Menschen schlichtweg zu negativ konnotiert ist und sie davon abgeschreckt werden. Schließlich ist die große Skepsis der Bevölkerung dem Sozialismus gegenüber ein Resultat der äußerst negativen Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus und des jahrzehntelangen Antikommunismus in Deutschland. Andere können und wollen sich mit der Idee des Sozialismus nicht anfreunden, da sie Strukturen wie in der DDR mit Planwirtschaft und ähnlichen Einrichtungen nicht unterstützen können. Schließlich birgt der Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ selbst ein großes Verständnisrisiko, weil er nicht klar definiert ist. Das Verständnis dieses Begriffs kann von einer gewissen Vermenschlichung des Systems mit sozialer Ausrichtung bis zu einem kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem stalinistischer Prägung reichen – vor dem die Menschen berechtigterweise Angst haben und demgegenüber sie zum Teil auch Abscheu empfinden (im Übrigen stellt sich die Definitionsfrage auch bei der Formulierung der „Überwindung des Kapitalismus“). Innerparteilich kann dieses Verständnisproblem zwar gelöst werden, indem die un-

<sup>3</sup> Kooperationsabkommen III, § 3

<sup>4</sup> Händel, S. 4, Sp. 1, letzter Absatz, 2. Teil

<sup>5</sup> Händel, S. 2, Sp. 1, Abs. 3

<sup>6</sup> Kooperationsabkommen III, § 4, Punkt 2: *„Was bedeutet ‚Links‘ heute und was verbinden wir mit ‚Demokratischem Sozialismus?‘“*

differenzierte oder vielleicht sogar leere Worthülse des „Demokratischen Sozialismus“ mit Inhalt gefüllt wird, doch diese neue Definition wird wohl nur die wenigsten Wähler erreichen, die weiterhin eine sehr negative Vorstellung von jedweder Form des Sozialismus haben. Auch die Tatsache, dass die SPD selbst diesen Begriff im Godesberger Programm verwendete, kann dieses Misstrauen nicht beseitigen. Interessant ist auch die Unterscheidung von „Demokratischem Sozialismus“ und „realem Sozialismus“ im Kooperationsabkommen III.<sup>7</sup> Kann man diese beiden Systeme, Ideologien oder Begriffe – was sie denn nun seien – überhaupt voneinander trennen? Fragen wie diese müssten zuerst in einem breiten Diskussionsprozess geklärt werden, bevor sie überhaupt in Dokumenten direkt verwendet werden. Meiner Meinung nach sollte von ideologisch besetzten und negativ konnotierten Begriffen in der neuen Linkspartei ohnehin Abstand genommen werden. Wir wollen die Ideologie als Teil des Individuums betrachten, welches jedes einzelne Mitglied in die aktive Parteiarbeit einbringt. Als Arbeitsgrundlage der neuen Linken benötigen wir jedoch einen neologisch geschaffenen Begriff, der einen präzisen Inhalt bezeichnet, den alle Mitglieder als Grundkonsens teilen können, und der möglichst positiv besetzt ist und damit auch in der Öffentlichkeit im Kampf um Wählerstimmen optimal verwendet werden kann.

§ 3 des Abkommens erklärt, dass die Mitgliedschaft „*an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden*“ sei, doch durch ein Festhalten an der Begrifflichkeit des Demokratischen Sozialismus wird automatisch auch eine ideologische Linie vorgegeben, die diesem eben zitierten Satz eindeutig widerspricht. Insofern bezieht sich meine Kritik vor allem auf die Vorgabe verschiedener Worthülsen im Kooperationsabkommen III, mit denen alle Seiten zufrieden gestellt werden sollen, die aber nur Fragen und Unklarheiten aufwerfen. Ein solch frühzeitig beschlossenes Abkommen sollte keine konkreten Aussagen zu Begrifflichkeiten einer Arbeitsgrundlage einer neuen Partei beinhalten, sondern diese Frage müsste zuerst im ergebnisoffenen (!) Diskussionsprozess geklärt werden. Unterbricht oder beeinträchtigt man diese Diskussion durch verfrühte Beschlüsse, riskiert man, dass genau diese Fragen in radikaler Form nach einer Parteifusion auftreten und ggf. zu einer Spaltung der neuen Linkspartei führen. Probleme wie diese sind nicht von der Hand zu weisen, wie man an der aktuell angespannten Lage in Berlin beobachten kann. Die jeweils opponierende Seite als „Sektierer“ zu bezeichnen und mögliche Abspaltungen billigend in Kauf zu nehmen, wie dies im Moment von Seiten der Bundesvorstände geschieht, helfen dem Projekt einer wirklich pluralistischen gemeinsamen Linkspartei nicht weiter.

Ähnlich wie die soeben erläuterte Begrifflichkeit des „Demokratischen Sozialismus“ entbehrt auch die Floskel über den „*Charakter der neuen Linken*“, der sich „*in der Listennominierung, der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung*“<sup>8</sup> widerspiegeln soll, jeglicher Definition, wird aber als wesentlicher Bestandteil des Parteibildungsprozesses und der späteren gemeinsamen Linken im Abkommen propagiert. Der „Charakter“ der neuen Linken kann wiederum nur in einem breit angelegten, ergebnisoffenen Diskussionsprozess herausgearbeitet werden, damit sich die Mitglieder der neuen gemeinsamen Linkspartei auch damit identifizieren können. Inwieweit dieser Charakter in der Namensgebung reflektiert werden soll, ist leider nicht genauer erläutert – viel deutet aber darauf hin, dass auch bei zukünftigen Kandidaturen der WASG (mit offenen Listen für Linkspartei-Mitglieder) die Listen nach der Linken benannt werden sollen, wodurch die WASG zunehmend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden würde, ihr politisches Gewicht abnehmen würde und so auch ein Diskussionsprozess auf wirklich gleichberechtigter Basis mehr und mehr gefährdet würde. Parteipatriotismus ist in diesem Zusammenhang nicht angebracht, doch darf nicht vergessen werden, dass eine Abnahme des öffentlichen Interesses an einer Partei auch zu einer Schwächung ihrer Diskussionsposition führt. Wenn uns die Öffentlichkeit als Juniorpartner der Linkspartei wahrnimmt, können wir kaum mehr als den geringen Einfluss eines Juniorpartners erwarten. Dieses Problem mag zwar in höheren Gremien weniger immanent sein, doch gerade bei Diskussionen der Basis scheint mir dieser Zusammenhang doch erwägenswert.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, wie ich bereits weiter oben angedeutet habe, die Festlegung eines spezifischen Termins für eine Fusion. Indem in § 1 der 30. Juni 2007 als Ultimatum für eine Fusion festgesetzt ist, werden alle anderen Punkte, wie z. B. der Diskussionsprozess, dieser Frist untergeordnet. Problematisch wird diese Frist auch dann, wenn es, wie im vom Länderrat beschlossenen Leit Antrag vom 3./4. Dezember 2005 erwähnt,<sup>9</sup> zu vorgezogenen Neuwahlen zu diesem Zeitpunkt kommen sollte. Mir scheint die Gefahr, dann auch essentiell wichtige Punkte wie die Programmatik im Schnellverfahren zu entwickeln, um die Fusion nicht zu gefährden, zu groß. Selbst wenn weiterer Diskussionsbedarf

<sup>7</sup> Kooperationsabkommen III, § 4, Punkte 2 und 4

<sup>8</sup> Kooperationsabkommen III, § 6

<sup>9</sup> zitiert von Händel, S. 2, Sp. 1, letzter Absatz

besteht, wird die Fusion zu diesem Zeitpunkt wohl angestrebt werden – was wieder die Gefahr möglicher Abspaltungen beinhaltet.

Die Basis der WASG bedankt sich bei den Vorständen beider Parteien für ihre Bemühungen, eine gemeinsame Linkspartei zu schaffen, und honoriert die bereits erreichten Leistungen. Dennoch gibt es den Wunsch, an diesem Prozess mehr teilhaben zu dürfen. In unseren Kreismitgliederversammlungen haben meist wir Vorsitzenden die Aufgabe, bereits von irgendwelchen Gremien – Bundesvorstand, Landesvorstände oder Länderrat – gefasste Beschlüsse zu erläutern, ohne darauf jedoch selbst Einfluss nehmen zu können. Wäre es nicht möglich, auf dem Landesparteitag die Beantragung einer Urabstimmung beschließen zu lassen, anstatt sie eigenverantwortlich anzustreben? Wäre es nicht möglich, im Parteibildungsprozess mehr auf die Basis einzugehen und sie aktiv zu integrieren, anstatt die Schaffung einer neuen, gemeinsamen Linkspartei für alle in die Hände einer kleinen, nicht basisdemokratisch besetzten Steuerungsgruppe zu legen?<sup>10</sup> Wäre es nicht möglich, die Entwicklung des Parteiprogramms maßgeblich von aus Basismitgliedern gebildeten Arbeitskreisen durchführen zu lassen? Wäre es nicht möglich, mehr Beschlüsse tatsächlich auf den Landes- und Bundesparteitagen von den von der Basis gewählten Delegierten fassen zu lassen? Und wäre es nicht möglich, alle an diesem Prozess mehr teilhaben zu lassen, indem man allen schlichtweg die Zeit dazu gibt?

Eine deutliche Mehrheit der oberfränkischen Mitglieder ist über die geplante Urabstimmung höchst verunsichert. Zwar schließt die Urabstimmungsfrage das Kooperationsabkommen III nicht direkt ein, doch beinahe jede/r ist sich der Folgewirkung dieser Abstimmung bewusst. Eine Zustimmung zur Urabstimmung würde als unbedingte Billigung des Kooperationsabkommens III interpretiert, eine Ablehnung würde als Widerstand gegen die Fusion gewertet werden. Es handelt sich eben nicht nur um „das Einholen eines Meinungsbildes“<sup>11</sup>. Die Verunsicherung unter vielen Mitgliedern ist deshalb so groß, weil sie nicht wissen, welche Antwort sie bei der Urabstimmung geben sollen. Auf der einen Seite haben sie ihre berechtigten Kritikpunkte, die ich in diesem Brief kurz zu umreißen versuchte, auf der anderen Seite wollen sie auf keinen Fall die Fusion gefährden. Viel Auswahl bleibt da nicht.

Im Sinne eines erfolgreichen weiteren Parteibildungsprozesses appelliere ich daher an die Vorstände der Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, den Antrag einer Urabstimmung zurückziehen. Viel förderlicher erscheint mir, genauso wie den meisten anderen Mitgliedern, eine umfangreiche und breite, basisdemokratische Diskussion des Kooperationsabkommens III und möglicher weiterer Folgeabkommen in den Kreisverbänden und auf den entsprechenden Parteitagen. Erst nach der Erarbeitung eines optimalen, von der Basis beider Parteien akzeptierten und konkretisierten Abkommensvorschlages sollte dann eine Urabstimmung über diesen Entwurf erfolgen. Ich bitte alle Gremien und Mitglieder, über diese Vorschläge nachzudenken und meine Anmerkungen zum Kooperationsabkommen III in ihre Überlegungen zur Urabstimmung einzubeziehen. Es geht schließlich um die Zukunft unserer gemeinsamen Partei!

Wir von der Basis teilen die Vision einer gemeinsamen, pluralistischen, unideologischen, basisdemokratischen und modernen Linkspartei, die sich für die Menschen einsetzt und versucht, die Probleme im 21. Jahrhundert zu lösen. Wir sind gerne bereit, uns für dieses Projekt zu engagieren. Es wäre schade, wenn eine derart einmalige Chance aufgrund von ungenauen Formulierungen, unterlassenen Diskussionen und anderer ungünstiger organisatorischer Entscheidungen vertan würde.

Ich hoffe, ich konnte mit meinen Anmerkungen konstruktiv zur weiteren Gestaltung des Parteibildungsprozesses beitragen und kann nur nachdrücklich an die verantwortlichen Gremien appellieren, ihre Handlungsweise in diesem Punkt zu überdenken. Ich bedanke mich bei Euch, die ihr diesen Brief auch tatsächlich bis zum Ende gelesen habt, und wünsche Euch viel Erfolg für Eure weitere politische Arbeit im Sinne unserer bald gemeinsamen Partei.

Norbert Kleinwächter  
Kreisverbandsvorsitzender WASG Bayreuth

<sup>10</sup> vgl. Kooperationsabkommen III, § 5

<sup>11</sup> Händel, S. 4, Sp. 1, vorletzter Absatz